Aus der Arbeit des Gemeinderats

Sitzung am 30.07.2026

Bauvorhaben Höhenstraße 13, Nussdorf

Der Gemeinderat nahm den Bauantrag zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Carport im Neubaugebiet in der Höhenstraße 13 zur Kenntnis. Die Planung liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans und erfüllt dessen Festsetzungen.

Jugendmusikschule Vaihingen a.d. Enz – Beitragserhöhung und Strukturüberlegungen

Die Stadt Vaihingen prüft eine Anpassung der Beiträge und strukturelle Änderungen bei der Jugendmusikschule. Der Gemeinderat und die Verwaltung kritisierten, dass der Beirat entgegen der vertraglichen Vereinbarung nicht beteiligt wurde und forderte dessen rasche Einberufung. Bis zur Klärung von Beitragserhöhungen wird die Stadt Vaihingen aufgefordert, von Beitragserhöhungen abzusehen. Ferner wurde angemahnt, die Gemeinde frühzeitig in die von der Stadt Vaihingen angekündigte Strukturentscheidungen einzubinden. Der Gemeinderat wird in die weiteren Beratungen eingebunden.

Verwaltungsgemeinschaft – 2. Änderung Flächennutzungsplan (Markstein, Gartenschau, Eichwald, Sonnenberg, Lindenhof)

Die Verwaltungsgemeinschaft hat eine zweite Änderung des Flächennutzungsplans mit mehreren Teilbereichen eingebracht. Vorgeschlagen werden seitens der Mitgliedskommunen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft: Lindenhof (Oberriexingen; Sicherung gewerblicher Tätigkeiten eines landwirtschaftlichen Betriebs nach Brand), Sonnenberg (Eberdingen- Nussdorf; Klarstellung der bisherigen Darstellungen im FNP), Eichwald Westerweiterung II (Sersheim), Gartenschau (Vaihingen; Häckerareal) sowie die umstrittene Fläche „Erlebniswelt Markstein“ (Vaihingen- Kleinglattbach). Gegenstand der folgenden Diskussion bildete das formelle Vorgehen der Stadt Vaihingen in Bezug auf die Fläche „Erlebniswelt Markstein“. Der Beratung war eine umfangreiche mediale Berichterstattung vorausgegangen. Die betroffenen Mitgliedskommunen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Sersheim und Oberriexingen mahnten die fehlende informelle Beteiligung an. Auf mehrfache Nachfrage der Verwaltung zu anwesenden Vertretern der Stadt Vaihingen konnte keine (belegbaren) Bemühungen für einen Dialog der drei betroffenen Kommunen festgestellt werden.

Dialog und interkommunale Abstimmung sind bei Großprojekten, welche über den eigenen räumlichen und sachlichen Wirkungskreis hinaus Ausstrahlungswirkungen entfalten und geeignet sind, die kommunale Planungshoheit oder sonstige schutzwürdige Belange einer anderen Mitgliedsgemeinde zu berühren, unerlässliche Voraussetzung.

Erfolgt eine Verlagerung kommunalpolitischer Konflikte in ein gemeinsames Verwaltungsorgan, welches weder ihrer Struktur noch ihrer Funktion nach darauf angelegt ist, kommunalpolitische

Meinungsverschiedenheiten oder Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedskommunen zu entscheiden oder auszugleichen, besteht die Gefahr der Beeinträchtigung ihrer dauerhaften Funktionsfähigkeit.

Gemeinderat und Verwaltung messen einer vorgelagerten interkommunalen Abstimmung im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit besondere Bedeutung bei und unterstützen ausdrücklich eine einvernehmliche Lösungsfindung zwischen den beteiligten Gemeinden.

Eine inhaltliche Bewertung oder Position zum Vorhaben „Erlebniswelt Markstein“ ist hiermit ausdrücklich nicht verbunden. Alle anderen Vorhaben aller Mitgliedskommunen werden mitgetragen.

Der Gemeinderat beauftragte die Vertreter im gemeinsamen Ausschuss, bei Einzelbeschlussfassungen allen benannten Änderungsbereichen – mit Ausnahme Erlebniswelt – zuzustimmen. Soweit eine Einzelbeschlussfassung abgelehnt wird, soll eine Gesamtablehnung erfolgen.

Verwaltungsgemeinschaft – Leimengrube (vorgezogener Abwägungsbeschluss)

Für den Teilbereich „Leimengrube“ (Gemarkung Vaihingen; künftiges Wohnquartier südwestlich des Stromberg-Gymnasiums) wurde dargestellt, dass ein Bebauungsplan im regulären Verfahren neu aufgestellt werden muss, nachdem ein früheres Verfahren aufgrund des Entfalls der Rechtsgrundlage nicht mehr tragfähig ist. Die frühzeitige Beteiligung ergab keine Änderungenserfordernisse; das Regierungspräsidium hat signalisiert, den Bebauungsplan genehmigen zu können, wenn materielle Planreife vorliegt. Der Gemeinderat nahm die Stellungnahmen zur Kenntnis und ermächtigte die Vertreter, die weiteren förmlichen Schritte zu unterstützen, damit die Genehmigung und abschließende Umsetzung erfolgen können.

Finanzzwischenbericht 2026

Der Finanzzwischenbericht zum Stand des Haushalts (Stichtag 29.07.2026) wurde vorgestellt und zur Kenntnis genommen. Wesentliche Punkte:

- Geplantes Gesamtergebnis 2026 weiterhin defizitär; strukturelle Belastungen bleiben bestehen.
- Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung: Rückgang der Einnahmen auf Bundesebene führt zu rund 70.000€ Mindereinnahmen beim Anteil der Kommunen an Einkommen- und Umsatzsteuer für die Gemeinde Eberdingen.
- Ergebnis- und Finanzhaushalt zeigen Liquiditätsbelastungen, u. a. durch laufende Investitionen und gewährte Investitionszuweisungen; für 2026 wird eine weitere Abnahme der liquiden Mittel prognostiziert.
- Trotz vorsichtiger Haushaltsplanung ist das Gewerbesteueraufkommen weiterhin stagnierend.
- Personal- und laufende Aufwendungen bewegen sich größtenteils im erwartbaren Rahmen.
- Erste Kreditaufnahme (770.000 €) erfolgte im Juli 2026 für Bauvorhaben (Nussdorf, Martinstraße), damit endet die bisherige Nullverschuldung der Gemeinde.

Zusammenfassend sind vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage weitere Konsolidierungsmaßnahmen sowie eine Stärkung der eigenen Ertragsquellen erforderlich. Hierzu sind unter anderem Neukalkulationen der Gebühren für Kinderbetreuung, Hallennutzung und Friedhofswesen in Vorbereitung. Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor.

Der Gemeinderat nahm die Vorstellung des Finanzzwischenberichts zur Kenntnis.

Die Beratung zeigte, dass sich Gemeinderat und Verwaltung der Herausforderungen und Verantwortung weiterhin gemeinsam annehmen und den Weg der strategischen Haushaltskonsolidierung weiter beschreiten.

Benutzungsentgelte Kindertageseinrichtungen und Schulkindbetreuung

Da die neue Gebührenkalkulationen noch nicht abgeschlossen sind, beschloss der Gemeinderat, die derzeitigen Entgeltsätze vorübergehend zu verlängern, bis die Ergebnisse der neuen Gebührenkalkulationen vorliegen und eine Neufassung der Entgelte – nach Durchführung der Elternbeteiligung – beschlossen werden kann. Die Befristung der bisherigen Entgeltsätze wurde somit bis zur endgültigen Gebührenentscheidung aufgehoben.

Projekt „Westwind“ – Bürgerwerkstatt

Die Vorbereitung zur Bürgerwerkstatt zum Projekt „Westwind“ wurde erläutert: 15 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sind vorgesehen; ergänzend sollen Vertreter unterschiedlicher Perspektiven (z. B. Kritiker der Windenergie, lokale Agenda/Klimapartner, Sportvereine, Jugendhaus, Bürgerenergiegenossenschaft) eingeladen werden. Der Gemeinderat bestätigte die Auswahl der Perspektiven. Ein Anschreiben der Institutionen / Perspektiven wird umgehend erfolgen.

Antrag Fraktion SPD/GL – Einrichtung eines Projektausschusses „Windkraft Eberdingen“

Die Fraktion beantragte die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Begleitung des Windkraftprojekts, um regelmäßige, vertiefte Vorberatungen zu ermöglichen und fachliche/kommunalpolitische Belange kontinuierlich einzubringen. Der Gemeinderat befürwortete die Einrichtung eines solchen Arbeitskreises als vorberatendes Gremium unter der Leitung des Bürgermeisters; jeweils zwei Vertreter der Fraktionen werden nach der Sommerpause benannt und das Gremium soll in Folge sitzungsbegleitend arbeiten.

Antrag Fraktion SPD/GL – Entwicklung zentral gelegener Grundstücke „Hinter dem Zaun IV“

Der Antrag zielte auf erneute Überprüfung und Entwicklung zentral liegender gemeindlicher Grundstücke im Baugebiet „Hinter dem Zaun IV“ (u. a. zur Erzeugung von bezahlbarem Wohnraum). Die Verwaltung signalisierte gerade in Klärung neuer Konzepte zu sein. Mit Verweis unter anderem auf das Erbbaurechtsmodell der Stadt Freiburg, welches auch für kleinen Mehrfamilienwohnbau denkbar sei, wurde erläutert, gerade neue Konzepte mit in die Überlegungen einzubeziehen. Derzeit steht – vor Beratung im Gremium – die Prüfung der Vertragsgrundlagen auf Umfang und praktische Handhabbarkeit aus. Gemeinderat und Verwaltung verständigten sich darauf, noch in diesem Jahr eine gemeinsame Klausur zur Thematik durchzuführen.

Der Gemeinderat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Ausscheiden eines Gemeinderatsmitglieds und Nachrücken

Frau GR'in Ines Marquardt-Schmidt hat aus persönlichen Gründen um Entbindung aus Ihrer Gemeinderatstätigkeit zum 31.08.2026 gebeten; der Gemeinderat stellte das Vorliegen der persönlichen Gründe fest. BM Willing würdigte ihre Verdienste und das hohe persönliche Engagement zum Wohle der Gemeinde Eberdingen.

Als Nachrückerin wurde Frau Beate Kern angefragt. Auf Antrag von Frau Kern, sie aufgrund ihrer bereits zehnjährigen Tätigkeit im Ehrenamt und des Erreichens der Altersgrenze nicht heranzuziehen, stellte der Gemeinderat auch bei ihr das Entgegenstehen persönlicher Gründe fest. Der nächste Nachrücker wird anhand der Ergebnisse der Kommunalwahl vom 09. Juni 2024 angeschrieben.

Einwohnerfragen

Im Rahmen der Einwohnerfragezeit wurden mehrere Fragen an die Verwaltung herangetragen:

- Gebäudebewirtschaftung vs. Unterhaltung: Die Verwaltung erläuterte, dass „Gebäudebewirtschaftung" laufende Betriebskosten (z. B. Reinigung, Strom, Hausmeisterleistungen) umfasst, während „Unterhaltung Gebäude" sich auf bauliche Erhaltungsmaßnahmen bezieht; investive Maßnahmen werden gesondert ausgewiesen.
- Kita-/Schulanschaffungen: Viele Anschaffungen erfolgen zum Schul-/Kindergartenjahresbeginn; Ausgaben sind jahreszeitlich gebündelt und teils nicht direkt mit Vorjahreswerten vergleichbar. Die Verwaltung strebt regelmäßige, planbare Budgets an, um starke jährliche Schwankungen zu vermeiden.
- Rathaus Hochdorf: Fragen zur weiteren Nutzung und technischen Anschlusslösungen wurden aufgenommen; die Verwaltung plant nach der Sommerpause eine Konzepterarbeitung.
- Westwind-Bürgerwerkstatt: Ergänzungswunsch, Gewerbebetriebe/Industrie vor Ort in die Werkstatt einzubinden, wurde zur Kenntnis genommen.